



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld, Klaus Adelt, Arif Tasdelen, Doris Rauscher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal** und **Fraktion (SPD)**

### **Bildungs-Check und Bildungspass – Integration voranbringen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen den Bildungsstand der Flüchtlinge und Asylbewerber zu erfassen und diesen in einen persönlichen Bildungspass einzutragen, für die Umsetzung dieses Bildungs-Checks durch das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst als verantwortliches Fachministerium ein Konzept zu entwickeln, das die Abfragesystematik und das dafür benötigte Personal festlegt und des Weiteren ein Konzept vorzulegen, wie bereits in Erstaufnahmeeinrichtungen erste Bildungsangebote für alle Altersstufen gemacht werden können.

### **Begründung:**

Dem Gesundheits-Check muss noch in den Erstaufnahmeeinrichtungen ein umfassender Bildungs-Check folgen. Für jeden Flüchtling, gleich welchen Alters, sollte festgestellt werden, welchen Bildungsstand er oder sie mitbringt. Damit können Fragen geklärt werden wie: Ist er oder sie alphabetisiert? Welche Sprachen werden gesprochen? Gab es einen Schulbesuch im Heimatland, liegt ein Abschluss vor oder bereits eine Berufsausbildung oder eine Universitätsausbildung? Welche Berufserfahrung gibt es?

Noch in den Erstaufnahmeeinrichtungen muss für alle ein erstes Bildungsangebot unterbreitet werden. Verantwortlich dafür ist das Kultusministerium, das die zuständige Bezirksregierung mit der Umsetzung beauftragt. In erster Linie geht es hierbei nicht um einen organisierten Sprach- oder Integrationskurs, sondern um eine erste Orientierung im neuen Land. Also: Erste Worte in Deutsch kennenlernen, erfahren, wie der ÖPNV, der Straßenverkehr oder die Mülltrennung funktionieren, auf Grundsätze im Umgang miteinander, v.a. die Gleichberechtigung von Mann und Frau achten oder auch erste Rechtsnormen vermitteln. Damit werden die Neubürger und Neubürgerinnen gleich in eine erste Verantwortung genommen.